Luzern, Donnerstag, 29. Oktober 1896. **N° 253** Verbreitetste Zeitung der Zentralschweiz.

Luzerner Tagblatt

Freisinniges Organ

Hauptanzeigeblatt für Stadt und Kanton Luzern und die übrige Zentralschweiz

Fünfundvierzigster Jahrgang

Abonnementspreise:

	3 Monate	6 Monate	12 Monate
Durch die Post bestellt	Fr. 3. 40	Fr. 6. 40	Fr. 12. 80
Zur Luzern zum Bringen	„ 3. —	„ 6. —	„ 12. —
„ „ „ Abholen	„ 2. 50	„ 5. —	„ 10. —

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Insertionspreise:

Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum:

Lokal-Inserate 10 Cts., Wiederholungen	8 Cts
Kanton Luzern, Urkantone, Zug u. angrenzender Teil des Aargau	12 „
Uebrige Schweiz und Ausland	15 „

Preis der Reklame-Zeile (Petit-Schrift): 50 Cts.

Redaktions-Bureau: Baselstraße Nr. 11 — Telephon — | Gratis-Beilagen: Jeden Freitag die belletristische Beilage „Wöchentliche Unterhaltungen" Alle vierzehn Tage das „Haushaltungsblatt", Gemeinnützige Blätter. | Gratis-Beilagen | Expeditions-Bureau: Baselstraße u. Kornmarkt. — Telephon —

Luzerner Walhalla.

Jakob Suppiger, Arzt in Triengen, fleißiger Botaniker und Altertumsforscher. 4. Januar 1830 bis 22. Januar 1886.

Johann Suppiger, Mitbegründer der Kolonie Highland in Amerika. † 25. April 1861.

4 Nachträge.

Bezüglich der Nationalratswahlen wird es am Platze sein, auf einige Ergebnisse noch etwas näher einzutreten. Da ist vor allem der erste zürcherische, zugleich erste eidgenössische Kreis, welcher die Aufmerksamkeit auf sich zieht, und zwar wegen der Kandidatur des Hrn. Oberst Wille, die von einigen Freunden desselben im Schoße der freisinnigen Partei durchgedrückt worden war. Man erinnert sich, daß die HH. U. Vollenweider, Fierz (wohl ein Sohn des verstorbenen Nationalrates Heinrich Fierz) u. a. schon anläßlich der im letzten Frühjahr stattgefundenen Stadtratswahlen den Versuch gemacht hatten, Hrn. Wille den Sessel eines städtischen Baudirektors zu verschaffen. Der Versuch scheiterte; erstens blieb in der Delegiertenversammlung der freisinnigen Partei dieser Vorschlag in Minderheit, und als hierauf die Freunde des Hrn. Wille gleichwohl den Versuch unternahmen, über die Köpfe der freisinnigen Parteileitung hinweg Hrn. Wille in den Stadtrat zu bringen, wollte die Wählerschaft nicht in dem Ding sein.

Bei den Nationalratswahlen wurde der Versuch, Hrn. Wille in einen kurulischen Sessel zu placieren, erneuert, um neuerdings schlzuschlagen. Zwar gab die Vorversammlung der freisinnigen Wähler, die allerdings nur in der geringen Zahl von 150 erschienen waren, dem Drängen der Freunde Willes nach und nahm ihn auf die Parteiliste, gewiß ungern genug. Aber man wollte wohl eine Scission verhüten und glaubte, durch Genehmhaltung dieser Kandidatur die Partei wieder besser zusammenleimen zu können. Aber der Erfolg hat gezeigt, daß diejenigen, welche von Anfang an dieses Manöver mit ungünstigen Augen betrachteten, recht hatten. Der schneidige Reiteroberst hat weniger Stimmen erhalten, als der Sozialist Grenlich, und nicht viel mehr, als der Sozialist Lang. Daß er etwa siegreich aus der Stichwahl hervorgehen könnte, daran ist nicht zu denken. Von den Demokraten und den Sozialisten wird er keine einzige Stimme erhalten, und die „N. Z.-Z." konstatiert, daß ihm beim ersten Wahlgang auch 3500—4000 freisinnige Wähler nicht gestimmt haben. Das besagte Wahlmanöver ist also als definitiv gescheitert zu betrachten.

Wir würden diesen Vorgängen keine gar große Bedeutung beilegen, wenn sie nicht im Zusammenhang mit andern, ernsthafter zu nehmenden Dingen stünden. Zwar ist das Fehlschlagen des Versuchs, frondierende Obersten dem Nationalrat aufzupfropfen, um sie auf diesem „indirekten" Wege dem Bundesrat wieder aufzumötigen, an sich zu begrüßen. Aber diese durchgedrückte Kandidatur Wille ist nur das Symptom einer in der liberalen Partei der Stadt Zürich eingetretenen Spaltung, die bis zur Stunde nur innerlich zu Tage tritt, d. h. zu keiner äußerlichen Trennung und Ausscheidung geführt hat, aber auf dem Wege hiezu ist. Wir ziehen diesen Schluß aus der Haltung, welche die gleichen Herren, die Hrn. Wille zuerst in den Stadtrat und hierauf in den Nationalrat portierten, bezüglich des Eisenbahnrechnungsgesetzes eingenommen haben. Sie betrieben die Verwerfung dieses letztern, ein Beginnen, das außerhalb der Stadt und des Kantons Zürich berechtigtes Aufsehen erregt hat.

Offenbar hat sich innerhalb der liberalen Partei der Stadt Zürich eine Fraktion gebildet, welche dem tätigen Eingreifen des Staates in die sozialreformatorischen Bestrebungen opponiert, namentlich wenn durch dieses Eingreifen Aktiengesellschaften und die Geldmächte überhaupt in Mitleidenschaft gezogen werden. Wir haben es damit einer auf dem Standpunkt des sogen. Manchestertums stehenden Bewegung zu tun, und es ist daher vollauf begreiflich, daß die liberal-konservative Presse der welschen Schweiz in den HH. Vollenweider und Genossen sofort Verbündete gewittert hat, welche sie freudig willkommen hieß. Die Kandidatur Wille fand nirgends besseres Verständnis und größeres Wohlwollen, als in den Spalten des „Genfer Journal" und der „Gazette de Lausanne". Offenbar erblickten diese Organe in dem Vorgehen der genannten Zürcher Herren die Morgenröte einer neuen Parteibildung, durch welche ein Keil in den deutsch-schweizerischen Freisinn getrieben und eine Waffengenossenschaft zwischen der deutschen und welschen Schweiz zur Bekämpfung des „étatisme" hergestellt werden könnte. Es ist gut, daß nun auch die Nationalratswahlen in Zürich die Herren in Lausanne und Genf belehrt haben, daß der zürcherische Liberalismus nicht daran denkt, in sozialpolitischen Fragen aus den Reihen der radikal-demokratischen Partei-Organisation zu desertieren und sich dem welschen Harste, welcher mit Schwert und Spieß gegen den étatisme in Felde steht, anzuschließen.

Das Ergebnis der zürcherischen Nationalratswahlen ist jedenfalls dem größern Teil der dortigen Liberalen nichts weniger denn unangenehm. Das Hauptorgan derselben, die „N. Z.-Z.", hatte schon bei den Stadtratswahlen die Kandidatur Wille in ruhiger und höflicher Form, aber mit ernsten und gewichtigen Gründen bekämpft, und die „Züricher Post" hat mit ihrer neulichen Bemerkung, daß die Pfeile, welche sie (die „Züricher Post") gegen die Kandidatur Wille abschieße, der „N. Z.-Z." gar nicht ungelegen kämen, den Nagel jedenfalls auf den Kopf getroffen. Die HH. Vollenweider und Genossen haben aus dem Schicksal der zweimaligen Kandidatur Wille und dem Ergebnis der stadtzürcherischen Abstimmung über das Rechnungsgesetz nun selbst sehen können, daß der Großteil der dortigen Liberalen keine Lust hat, ihnen auf dem eingeschlagenen Wege zu folgen. Wollen sie auf die Fortsetzung des letztern nicht verzichten, so dürften sie früher oder später dem Eidgen. Verein in die Arme fallen, von dem sie, wie uns fast scheinen will, nur die kirchliche Richtung gegenwärtig noch trennt.

Einen sympathischen Gruß senden wir auch nach Genf, wo die freisinnige Partei einen durchschlagenden Sieg errungen und die ganze Vertretung in Bern mit Ausnahme der auch auf ihrer Liste portierten HH. Nat.-Rat Ador und Ständerat Richard wieder auf ihre Seite gebracht hat. Damit ist in die welsche Liga wider den étatisme ein großes Loch getrieben. Daß Hr. Favon, welcher im Schoße der zur Aufstellung der Kandidaturen berufenen liberalen Delegierten-Versammlung die Opposition der welschen Schweiz gegen das Rechnungsgesetz ernst beklagt und getadelt hatte, die meisten Stimmen von den nur auf der radikalen Liste portierten Kandidaten erhalten hat, darf jedenfalls als ein recht günstiges Symptom gedeutet werden. Auch im übrigen ist Hr. Favon, der geistreiche und gewandte Chefredaktor des „Genevois", derjenige Genfer Politiker, welcher die sozialen Fragen mit dem größten Verständnis verfolgt und der Lösung derselben auf dem Wege allmäliger Reform den besten Willen entgegenbringt.

Schweiz.

Luzern. Das Kriminalgericht hält diese Woche an drei Tagen Sitzung, am 29., 30. und 31. Oktober. Es gelangen 7 Straffälle zur Beurteilung; davon betreffen 2 Meineid, 1 Diebstahl, 2 Betrug und 2 Vergehen gegen die Sittlichkeit. Unter den Angeklagten befinden sich auch drei Taschendiebe, die im Juli dieses Jahres im Luzerner Kursaal einen deutschen Kaufmann bestohlen haben.

— Die „Società Ticinese" in Luzern protestiert des entschiedensten gegen die im „Bld." erschienene Mitteilung, als wäre Hr. Dr. Weibel am Freitag Abend im „Seidenhof" erschienen. An der ganzen Erzählung ist kein wahres Wort. Von Kopp sei keine Erwähnung getan und der Name Kopp gar nicht genannt worden.

— (Einges.) Hr. Chr. Schär möchte durch eine gewundene Erklärung das Faktum, gestempelte Plakate abgerissen zu haben, leugnen. Das ist vergebliche Mühe. Die Aeußerung, welche Hr. Schär in seiner Erklärung zugibt, ist auf den Vorhalt eines in Zivil gekleideten Stadtpolizisten gefallen, und zwar in etwas andern Worten, nämlich: „Ja, aber das ist erlaubt!" Außerdem sind noch Augenzeugen der Tat vorhanden. Die scharfsinnige Bemerkung: „Das Tragen der Stempelmarke ändert am Inhalt nichts", vermag die Tatsache der unerlaubten Handlung nicht zu beseitigen.

Ueber das Wagnis, auch ältere Kundgebungen der Intoleranz und gewalttätigen Gesinnung eines Frommen in Erinnerung zu rufen, disputiere ich nicht; Einschüchterungen verfangen bei mir nicht.

— * Die HH. C. Galli in Meggen, Hans Brun in Luzern und Leonz Bühlmann in Littau haben an der medizinischen Fakultät der Universität Zürich das propädentische Examen (ersterer den ersten, letztere den zweiten Teil) mit ausgezeichnetem Erfolge bestanden. Alle drei waren Mitglieder der „Fossigia" Luzern.

— Ehr- und Freischießen in Neiden. Gesamtresultate vom 25. und 26. Oktober. Gruppenwettschießen. a) Preise mit Lorberkränzen: 1. Stadtschützengesellschaft Willisau 512,4 Punkte; 2. Stadtschützengesellschaft Zofingen 506,2; 3. Stadtschützengesellschaft Olten 470.

b) Preise ohne Lorberkränze: 1. Freischützen Nebikon 456,8 P.; 2. Schützengesellschaft Dagmersellen II. Gruppe 449; 3. Schützengesellschaft Willisau-Land 351,65; 4. Militärschießverein Neiden I. Gruppe 350,35.

Stich „Kunst": 1. Roß A., Willisau 122 P. 2. Wechsler R., Willisau 121; 3. Strub L., Zofingen 121; 4. Kamber E., Olten 121.

Stich „Glück": 1. Muggli B., Langnau 51,45 P.; 2. Strub L., Zofingen 49,49; 3. Pfenniger J., Neiden 49,4; 4. Gut Joh., Neiden 48,3.

„Ankenballenstich": 1. Schmid Kasp., Neiden 268 P.; 2. Holliger A., Zofingen 263; 3. Roß A., Willisau 248; 4. Geiser Jos., Neiden 243, und 5. Wirz J., Olten 243.

— Laut den bisherigen Ergebnissen der Untersuchung betreffend die Tötung eines Rekruten Linder sind bei dem Vorfalle ein Jos. Schöpfer, Gigen, und Anton Grüter, beide von Escholzmatt, beteiligt. Anton Grüter war bei dem Vorfalle nicht im Militärdienst, wohl aber Schöpfer, als Rekrut. („Entleb. Anz.")

— * Im Hitzkircher Tal kam letzte Woche der neue Wein ins Faß und ist nun gegenwärtig Sauser im „besten Stadium". Man sagt sonst, daß der Wein, wenn er zu St. Johanni verblüht und zu St. Jakobi sich zu Träubchen an der Rebe gehängt habe, keine bestimmte Zeit mehr habe; wenige recht sonnige Tage bringen ihn zum Reifwerden. Freilich hätte der Heurige diese sonnigen Tage noch wohl brauchen können, aber ohne den Reif der Nächte; denn dieser hat ihn frieren gemacht und hat den Trauben das Leben etwas vor der Zeit genommen. Immerhin berichten die Besucher der Kilbi und des Marktes vom letzten Sonntag und Montag in Hitzkirch, daß der Sauser sehr wohl zu genießen sei. Er hat auch etwas Handel schon von der Trotte weg, und es gilt Weißer 22 bis 24 Fr. und roter „Klässliger" 35 bis 45 Fr. der Literzahm.

Auch etwas an Hitze verloren hat zum Glück und zur Ehre des Landes die jüdische Hofmetzgerei, welche Spekulation seit zwei Jahren besonders in den Aemtern Hochdorf und Sursee üppig ins Kraut geschossen. Die paar Spekulanten haben damit einige hunderttausend Franken Profit aus dem Lande fortgenommen und dasselbe dafür mit ungefähr gleichviel neuen Hypothekarschulden belastet. Einheimische Finanzkräfte, sogar solche, welche in der „christlichen Sozialpolitik" eine hervorragende Rolle spielen, haben nichts dagegen getan, sondern haben beim Geschäft als Mäkler auch ihr Profitchen eingestrichen. Nun, es hilft nichts, sie darum zu bemeiden; aber den Wunsch darf man hegen, daß solches Kraut über den Winter unter dem Schnee für immer einschlafe oder am Bisiwind erfriere und im Frühling nicht mehr erwache und nicht mehr auferstehe.

— Milchkäufe. Die Käsereigesellschaft am Bahnhof zu Escholzmatt hat die Wintermilch 1896/97 und 1897/98 an den bellebten und tüchtigen Käser Hrn. Hermann Schmutz für 22 und 21 Fr., die Sommermilch 1897 für Fr. 24. 50 Cts. verkauft.

Zürich. Das „Lzg. Tagbl.", das die Parteibezeichnung für die Nationalratskandidaten von der Stellung ableitete, welche dieselben in der Bundesversammlung eingenommen haben oder mutmaßlich einnehmen werden, hat Hrn. Vogelsanger, da er als Sozialdemokrat keiner Parteigruppe der Bundesversammlung angehört, als „Wilden" bezeichnet. Die „Zürich. Post" benutzte dies zu einem artigen Bonmot, indem sie bemerkte, in Zürich habe noch niemand Hrn. Vogelsanger für wild angesehen! Zu zahm scheint er auch andern zu sein: der „Grütlianer" schiebt ihn den Demokraten zu.

Bern. 1. Das absolute Mehr bei der Nationalratswahl im Mittelland betrug 5804. Da Bürgi 5004 Stimmen hatte, ist ein 2. Wahlgang nötig. Der durch Delegierte vom Land verstärkte freisinnig-demokratische Zentralvorstand hat gemäß Antrag der vereinigten Vorstände der Stadt einstimmig beschlossen, an der Kandidatur Bürgi festzuhalten und mit aller Energie dafür einzustehen.

Schwyz. (Korr.) Beinahe vollzählig hat sich Dienstag nachmittag der Verfassungsrat versammelt. Die Verhandlungen werden sehr gründlich geführt, indem zu den einzelnen Verfassungsartikeln die bezüglichen Verhandlungen aus dem Protokoll der Verfassungskommission, sowie die Volkseingaben mitgeteilt werden. Zur Beschleunigung der Beratungen trägt dieses Verfahren gerade nicht bei.

Viel Zeit wurde für den Ingreß der neuen Verfassung verwendet, für welchen die beiden Priesterkapitel dieselbe Formel, wie sie an der Spitze der Bundesverfassung steht, vorgeschlagen hatten. Die Mehrheit der Verfassungskommission war für diese einleitende Formel nicht eingenommen; von einem Mitgliede wurde sie sogar als Heuchelei bezeichnet. Sie fand aber dafür bei der Fraktion der Goldauer Revisionisten eine günstigere Aufnahme und wurde infolge dessen durch die Mehrheit des Verfassungsrates an die Spitze der neuen Verfassung gestellt. Einen solchen religiösen Sinn hat jedenfalls Hr. Verfassungsrat Schmid, Pfarrer im Muotatal, bei der als kulturkämpferisch verdächtigten Mehrheit des Verfassungsrates nicht vorausgesetzt; er dankte auch für dieses Entgegenkommen in patriotisch gehobener längerer Rede.

Schon bei Artikel 2 Alinea 2 kam es zu einem zähen Kampfe zwischen den Goldauer Revisionisten und den Anti-Revisionisten. Dieser Teil des Verfassungsartikels lautet: „Die auf der Gesamtheit des Volkes beruhende Staatsgewalt übt es aus: durch die Annahme oder Verwerfung aller Gesetze und Beschlüsse allgemein verbindlicher Natur und anderer vom Kantonsrate der Volksabstimmung unterbreiteter Beschlüsse."

Er wurde begründet von Hrn. Dr. F. Schreiber in Goldau, und er soll der bekannten Verordnungsfabrikation des schwyzerischen Kantonsrates den Riegel stoßen. Im übrigen sind die Kompetenzen des Kantonsrates im folgenden § 53 genau umschrieben. Als „guten und aufrichtigen Demokraten" war er den HH. Staatsanwalt Dr. Bäcler, Nationalrat Schwander, Regierungsrat Reichlin und Pfarrer Schmid zu wenig präzis; aber eines gewissen Eindruckes konnte man sich nicht erwehren, als man sah, welchen Fleiß und Eifer die drei ersten Herren, welche unter der alten Verfassung zu den hervorragendsten Fabrikanten von Verordnungen zählten, auf einen klaren Verfassungsartikel, welcher künftighin die Verstümmelung des Volksgesetzgebungsrechtes verhindern soll, verwendeten. Vor diesen verlockenden Stimmen warnten die HH. Dr. F. Schreiber und Gerichtspräsident Dr. Diethelm von Lachen und bekämpften auch einen von Hrn. Dr. Bäcler gestellten Abänderungsantrag.

Die Anti-Revisionisten gelüsteten schon am ersten Sitzungstage nach einer auffälligen Niederlage, und sie konnten sie auch haben. Es wurde von seiten der Regierungspartei Abstimmung unter Namensaufruf verlangt, und in dieser namentlichen Abstimmung sprachen sich 45 gegen 33 Stimmen für den Antrag der Verfassungskommission aus.

Erwähnen wollen wir schließlich noch, daß der Verfassungsrat die Herausgabe eines offiziellen Verhandlungsbülletins beschlossen hat.